JOACHIM PAUL

EUROPÄISCHER SOUVERÄNISMUS

Das rettende rechtspopulistische Projekt

»Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, muss alles sich ändern.« Dieser vielzitierte Satz aus dem Romanklassiker *Der Leopard* (1958) von Guiseppe Tomasi di Lampedusa, der den Kampf einer sizilischen Gutsherrenfamilie gegen den ökonomischen und politischen Abstieg in der hereinbrechenden Moderne beschreibt, könnte die Richtung eines kreativen Nachdenkens über die Zukunft Europas vorgeben. Schon der Name des Autors, Lampedusa, weckt Assoziationen. Die kleine italienische Insel im Mittelmeer, an deren Küste in den letzten Jahren abertausende Afrikaner angelandet sind, zeigt im Brennglas, worum es gehen wird, gehen muss: um die Frage, ob die autochthonen Völker den europäischen Kontinent zukünftig prägen werden oder eben Zuwanderergruppen aus Afrika, Vorderasien und Asien. Wie europäisch wird Europa sonst in einer Generation noch sein?

Doch es geht für Europa um mehr. Wie soll dieses Europa aussehen? Welche Rolle kann es in einer Welt, die sich geopolitisch neu sortiert, noch spielen? Russland erhebt nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder offen hegemoniale Ansprüche, die Kontrolle über seine Nachbarstaaten. China will zum neuen globalen Hegemon aufsteigen, die **USA** wollen wenigstens die Nummer eins in der neuen multipolaren Welt bleiben. Und Europa? In Budapest wird die Frage, welches Europa überhaupt Zielpunkt politischen Handelns sein soll, anders beantwortet als in Berlin oder London. Europa ist gespalten, der Drift zwischen West-, Mittel- und Osteuropa ist groß. In Ungarn hat sich, wenn auch nicht völlig unangefochten, Victor Orbans Nationalkonservatismus weitgehend durchgesetzt. Das betrifft – wie jeder weiß – nicht nur die Zuwanderungspolitik. Im Park der Budapester Margareten-Insel, die mitten in der Donau liegt, flanieren im Frühsommer ausschließlich Europäer. Das prägt das Denken. Ungarn bewertet die Frage, wie ein Europa der Zukunft aussehen soll, anders als die westeuropäischen politischen Eliten, anders als die **EU**. Die träumt davon, der Welt als Weltmeister der Moral den Weg zu weisen – und wird trotz neuer Billionen Euro für die Rüstung nicht verteidigungsfähig sein. Dagegen müssen die europäischen Rechtspopulisten, wie sie vom Establishment genannt werden, eine Gegenerzählung finden.

Dass sich die **US**-amerikanische Trump-Regierung zugunsten der nationalkonservativen Opposition in die deutsche Innenpolitik einbringt, wird in der **AfD** durchaus als Beleg für die immer noch stattliche Relevanz der Bundesrepublik aufgefasst. Doch wird gerade dieses Engagement zugleich mit Argwohn betrachtet. Europa – so war es über Jahre das Credo der rechtspopulistischen Parteienfamilie – solle und müsse sich endlich insbesondere von den **USA**, dem übermächtig großen Bruder, emanzipieren, einen eigenen Weg gehen, der diesem alten und würdevollen Kontinent gerecht wird. Doch das tagespolitisch durchaus opportune und angesichts der politischen Repression nachvollziehbare politische Augenzwinkern vieler in der **AfD** zunächst mit Putins Russland und nun mit Trumps Amerika hat einen Preis.

Es weicht die entschieden souveränistische Position Deutschlands in Europa auf und hat sie geschwächt. Das hat im politischen Diskurs zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit beigetragen und – was besonders schwerwiegend ist – ermöglicht es dem neuen Bundeskanzler Friedrich Merz und der Linken, sich mit dem Kurs der **EU** als Bewahrer der europäischen Unabhängigkeit in einer multipolaren und unruhigen Welt zu inszenieren. Dieses Narrativ, so konstruiert und schräg es auch immer ist, verfängt und rückt linke Politik in ein günstiges Licht. Die Gegenerzählung, diese woken Eliten seien Teil einer »fortschrittlichen« Internationale der Globalisten, die Hand in Hand mit internationalen Großkonzernen agieren, hat im Thesenarsenal der rechtspopulistischen Bewegung einen festen Platz. Aber sie wirkt eben nicht mehr so stark. Und ihren Pazifismus hat die liberale Linke weitgehend auch abgelegt. Die hartnäckigen Forderungen nach immer robusterer Unterstützung der Ukraine, nach Marschflugkörpern und anderen modernen und schlagkräftigen Waffen aus Europas Waffenschmieden

dokumentieren diesen Wandel. *What ever it takes*: Milliarden Euro für eine kriegstaugliche Rüstungsindustrie ist Linksliberalen kein Skandalon mehr, sondern steht vielmehr ganz oben auf ihrer Agenda. Das mag irritierend und schillernd sein, ein offenkundiger Bruch mit ihren politischen Traditionen. Ob jedoch jene rechtspopulistischen Parteien, die nun in diese geräumten Stellungen vordringen und sich beim Wähler als »Friedensparteien« inszenieren, langfristig glaubwürdiger und angesichts ihrer Programme vorteilhaft stringent erscheinen können, sei dahingestellt.

In dieser verkehrten Welt scheint Orientierung schwer. Und doch sollte sich – unabhängig von der Frage, ob der Krieg in der Ukraine mit einem Abkommen beendet werden soll und kann – die rechtspopulistische Parteienfamilie auf ihre souveränistischen Kernpositionen zurückbesinnen und endlich politisches Handeln, das langfristig der Wahrung der Unabhängigkeit Europas dient, unterstützen. Und zwar auch dann, wenn das den Sprung über politische Gräben und die Entfremdung mit Moskau und Washington bedeuten könnte. Es gibt eine Reihe von Handlungsfeldern, auf denen konkrete souveränistische Ideen und Projekte gemeinsam entwickelt, unterstützt und vorangetrieben werden könnten. Vor dem Hintergrund der globalen Umwälzungen in den letzten zehn, zwanzig Jahren jedoch sind diese Projekte heute weit mehr als hochfliegende Gedankenspiele. Denn machen wir uns nichts vor – Europa wird angegriffen und ist in seiner Existenz bedroht, von vielen Millionen Zuwanderungswilliger in Vorderasien und Afrika und als geschwächtes Beuteobjekt in den Strategien alter und neuer Großmächte. Europa steht vor der Alternative, über seinen Schatten zu springen und die Kraft zur Selbstbehauptung aufzubringen oder unterzugehen.

So ist der, salopp formuliert, bellizistische Schwung in Europa zu nutzen, um die Verteidigungsfähigkeit des gesamten Kontinents langfristig und zwar unabhängig von der NATO – die USA bringen über 70 Prozent der Verteidigungsfähigkeiten auf! – herzustellen und dadurch die Armeen Europas nach und nach miteinander zu verzahnen. Vorbild ist die im Jahr 2023 erfolgte Unterstellung des gesamten Heers des Königreichs der Niederlande unter die Bundeswehr. Diese Tiefenintegration muss im gesamten Europa erfolgen.

Und Europa ist mehr als eine Notgemeinschaft. Ungeachtet aller Eigenheiten, die eben nicht – wie von der EU geplant – aufgehoben werden sollen, teilen die europäischen Staaten eine gemeinsame Staatsidee und gemeinsame kulturelle Werte. Dieses Verbindende müssen die europäischen Rechtspopulisten als Gegenmodell zu einem bürokratischen Zentralstaat à la EU aufzeigen. Der gesamte Kontinent braucht »Hard Power«, will er nicht Spielball zwischen China und Russland und einer globaler und strategisch denkenden Türkei und den arabischen Ländern sein. Europa braucht Atomraketen, ein kontinentales Raketenschutzschild, Flugzeugträger, Drohnen und eine Rüstungsindustrie, die ihre technologischen Innovationen vor außereuropäischen Geschäftspartnern schützt und auch wenn nötig von diesen entflochten wird. Das ist ambitioniert, politisch schwer durchsetzbar, aber nötig. Ähnlich sieht es bei virtueller Kriegsführung aus – das »Europa der Vaterländer« muss sich endlich auf gemeinsame Plattformen einigen. Die Deutschen verteilen ihre Aktivitäten auf unterschiedliche Plattformen – also verschiedene US-amerikanische und chinesische. Eine europäische Alternative existiert nicht. Jede gesamteuropäische technologische Souveränität hängt davon ab, dass diese Alternative möglichst bald entsteht – und dazu sind ungewöhnliche und zunächst vielleicht exotische politische Koalitionen nötig. Daher müssen auch die rechtspopulistischen Parteien lernen, nicht nur in nationalen, sondern in europäischen Dimensionen zu denken. Schlussendlich muss der neuen europäischen »Hard Power« auch »Soft Power« zur Seite gestellt werden: Ich rede von einer Zusammenarbeit im Kulturbereich, die darauf abzielt, den insbesondere politisch wirksamen Einfluss US-amerikanischer Popkultur in Musik und Film zu Gunsten eines europäischen Lebensgefühls und der Erzählung unserer großen europäischen und gemeinschaftsstiftenden Geschichten zurückzudrängen. Das würde aber eine ebenso große politische Flexibilität erfordern und der Rechten abverlangen, nicht überall kulturellen Verfall zu wittern. Die Veränderungen der Großwetterlage u. a. durch die Wahl von Trump hat uns gezeigt, wie schwach unser Kontinent unter dem US-Schirm geworden ist. Nun schlägt vielleicht endlich die Stunde des europäischen Souveränismus. Auf die europäische rechtspopulistische Parteienfamilie kommt es an. Und zwar gerade jetzt.